presse

PKV bleibt Armutsrisiko

Zu dem heute vom Kabinett beschlossenen „Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung“ erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Karl Lauterbach:

Der Beschluss des von FDP-Minister Bahr vorgelegten Gesetzes wird insbesondere den Privatversicherten wenig nützen. Der neue Notlagentarif, den die privaten Versicherungsunternehmen einführen müssen, hilft gerade den häufig betroffenen Rentnerinnen und Rentnern kaum.

Die hohen Beitragsschulden bleiben bestehen, chronische Erkrankungen werden aber nicht mehr behandelt. So wird die private Krankenversicherung für viele Rentnerinnen und Rentner, die die hohen Prämien von 800 Euro und mehr im Monat nicht bezahlen können, nicht nur zum Armutsrisiko sondern gefährdet auch ihre Gesundheit.

Dieses Gesetz verdeutlicht erneut die Absurdität des zweigeteilten Versicherungssystems mit gesetzlichen und privaten Anbietern. Die betroffenen privat versicherten Rentnerinnen und Rentner werden von der Bundesregierung im Stich gelassen. Die einzig vernünftige Lösung für Deutschland ist die Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und die eine Krankenversicherung bietet, deren Beitrag sich nach den finanziellen Möglichkeiten richtet.